



Presseschau vom 20.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends /nachts:

[ukrinform.ua](#): US- Senat verabschiedet Militärhaushalt mit 500 Mio. Dollar und Waffenlieferungen für Ukraine

Der US-Senat hat einen Entwurf für den Verteidigungsetat 2018 verabschiedet. Der Entwurf sieht 500 Millionen Dollar für die Unterstützung der Ukraine im Militär- und Sicherheitsbereich vor.

Außerdem genehmigte der Senat im Entwurf die Lieferungen von letalen Verteidigungswaffen an die Ukraine, teilte Präsident der Ukraine Petro Poroschenko auf Twitter. „Zum ersten Mal wird auf legislativer Ebene vorgeschlagen, der Ukraine folgende Verteidigungswaffen bereitzustellen: Radaranlagen für Luftverteidigung und Überwachung der Wasseroberfläche, Mittel zur Seeminenbekämpfung, Schiffe für die Küstenwache“, heißt es in der Meldung. Die US-Regierung und beide Parteien im US-Kongress unterstützen die Lieferungen von tödlichen Verteidigungswaffen an die Ukraine. Die endgültige Entscheidung liegt bei Präsident Donald Trump

[de.sputniknews.com](#): Macron: Wir brauchen Russland und China für effektive Sanktionen gegen Nordkorea

Russland und China spielen laut dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine Schlüsselrolle in der Politik der Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea.

„Wir müssen alles dafür tun, um den Druck auf Nordkorea zu erhöhen, wir müssen die Sanktionspolitik weiter verschärfen. Das bedeutet auch, dass China und Russland eine pro-

aktive Politik führen müssen“, erklärte das französische Staatsoberhaupt am Dienstag in einer Pressekonferenz am Rande der Uno-Generalversammlung in New York.

Weiterhin betonte Macron, es sei notwendig, die Sanktionen zu verschärfen, wenn die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Nordkorea effektiv sein sollen. Nur so könne man Nordkorea zur Änderung seiner Position bewegen. Hierbei müssten Russland und China ebenfalls hinzugezogen werden.

„Diese beiden Länder sind die Schlüsselländer in dieser Frage“, unterstrich Macron. Der Präsident erklärte weiterhin, er sei absolut gegen eine militärische Operation, da diese „schädlich“ sein und durch den Konflikt der „beiden Koreas“ zahlreiche Menschenleben fordern würde...

[ukrinform.ua: Haushalt 2018: Ein Prozent des BIP für Agrarsubventionen](#)

Die Regierung hat einen Entwurf des Staatshaushalts 2018 mit sehr großen Agrarhilfen beschlossen.

Das erklärte das Ministerium für Agrarpolitik und Nahrungsmittel der Ukraine. „Der Entwurf sieht die Unterstützung der Landwirtschaft 2018 in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor“, so das Ministerium. Insbesondere sieht der Haushaltsentwurf 1 Milliarde Hrywnja für die Entwicklung der Bauernhöfe und Kooperation, 1 Milliarde für die Teilfinanzierung von Landmaschinen ukrainischer Produktion, 2 Milliarden Subvention für die Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe und die Stimulierung der Agrarproduktion, 2,3 Milliarden Hrywnja für Viehzucht, darunter für den Bau und die Modernisierung von Viehzuchtanlagen, sowie andere Maßnahmen vor.

Die Regierung hatte den Haushaltsentwurf am 15. September gebilligt und am 18. September dem Parlament vorgelegt.

[de.sputniknews.com: Von Staatsbankrott bedrohte Ukraine platziert Bonds für drei Milliarden US-Dollar](#)

Die jüngsten ukrainischen Eurobonds, dessen „erfolgreiche Platzierung“ Präsident Petro Poroschenko bekannt gab, sind ausschließlich für Spekulanten vom Interesse. Das sagte Konstantin Wyschkowski, Direktor des Departements Schuldenpolitik im Finanzministerium Russlands, am Dienstag in Moskau.

Seine Position erklärte er damit, dass die Ukraine im Grunde genommen kurz vor dem Staatsbankrott steht. „In dieser Situation sind derartige Instrumente nur für Anleger vom Interesse, die spekulative Ziele verfolgen“, sagte der Experte in einem Interview des TV-Senders Rossija 1.

Poroschenko teilte am vergangenen Montag in New York mit, dass Kiew erstmals seit rund vier Jahren Anleihen mit einer Laufzeit und einer Rendite von 7,375 Prozent per anno platziert hatte und somit auf den internationalen Finanzmarkt zurückgekehrt war. Die Nachfrage lag bei etwa 9,3 Milliarden Dollar.

Die Ukraine steht mit mehr als 62 Milliarden Euro im In- und Ausland in der Kreide. Das entspricht knapp 80 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2015 war die Ex-Sowjetrepublik durch eine Umschuldung knapp der Staatspleite entronnen. Allein in den Jahren 2018 bis 2022 muss Kiew etwa 24 Milliarden Euro an ausländische Gläubiger zurückzahlen.

Aus der vorangegangenen Anleihe-Platzierung im Dezember 2013 ist in London noch eine Klage gegen die Ukraine anhängig. Kiew weigert sich, dem Nachbarn Russland umgerechnet über 2,5 Milliarden Euro Anleiheschulden plus Strafzinsen zurückzuzahlen. Russland hatte noch vor dem Regierungssturz im Februar 2014 ukrainische Wertpapiere für drei Milliarden US-Dollar gekauft.

[Wpered.su: Im Rahmen der städtischen Ökologie-Aktion sammeln die Pioniere von](#)

Makejewka weiterhin Altpapier

In dieser Woche setzten die Makejewker Pioniere ihre Teilnahme an der städtischen Ökologie-Aktion des Leninschen Komsomol der Donezker Volksrepublik fort. Im September sammelten die Kinder Papier, Zeitungen und Bücher, die örtliche Einwohner nicht mehr benötigten. Damit setzten die heutigen Pioniere die sowjetische Tradition fort und trugen damit bei zum Schutz der Umwelt vor Verschmutzung und halfen gleichzeitig beim Recycling der Sekundärrohstoffe für Waren des Haushaltsbedarfs, berichtet ein Korrespondent der Webseite „Wpered“.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/09/ul-v9ZKJl74.jpg>

de.sputniknews.com: Kampf gegen IS-Terror: Russland bittet US-Koalition „wenigstens nicht stören“

Wenn die von den USA angeführte Koalition nicht gegen den Islamischen Staat in Syrien kämpfen möchte, so sollte sie wenigstens Russland nicht dabei stören. So kommentierte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, die Situation rund um Deir ez-Zor, wo zuvor angeblich US-Verbündete angegriffen worden seien.

„Je näher das Ende des Islamischen Staats rückt, desto offensichtlicher wird, wer tatsächlich gegen den IS kämpft und wer stattdessen seit drei Jahren dies nur vortäuscht. Und wenn die US-geleitete internationale Koalition den Terrorismus in Syrien nicht bekämpfen möchte, so sollte sie wenigstens diejenigen nicht dabei stören, die das kontinuierlich und effektiv tun“, sagte er.

Die syrischen Regierungstruppen würden derzeit Erfolge nahe Deir ez-Zor verzeichnen, betont Konaschenkow. So hätten sie mit Hilfe der russischen Luftstreitkräfte den Euphrat forciert und würden sich auch weiter auf dem Gebiet ausbreiten. Derzeit seien 60 Quadratkilometer des linken Stromufers besetzt worden.

Die Situation am Euphrat werde jedoch von mehreren Umständen erschwert: „Laut Berichten

syrischer Kommandeure von der Frontlinie werden die schwersten Gegenangriffe und massives Feuer aus nördlicher Richtung auf syrische Truppen verübt. Das heißt — genau von dort aus, wo sich die Einheiten der sogenannten ‚Syrischen Demokratischen Kräfte‘ sowie der Special Operations Forces der Vereinigten Staaten befinden, die statt Rakka zu befreien diesen Milizen ihrerseits angeblich ‚medizinische Hilfe‘ leisten würden. (CNN-Zitat, Anm. d. Red.)“ Man müsste keine besonderen Kriegserfahrungen besitzen, um in all diesen ‚Zufällen‘ eine gewisse Tendenz zu sehen, betonte der Sprecher.

Die US-geführte internationale Anti-IS-Koalition hatte zuvor Russland vorgeworfen, die SDF-Stellungen östlich des Euphrat unweit von Deir ez-Zor in der Nacht auf Samstag angegriffen und Angehörige der US-Koalitionspartner verletzt zu haben.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, teilte daraufhin mit, dass das Kommando der russischen Luftwaffe die amerikanische Seite über seine Operation im syrischen Deir ez-Zor im Voraus in Kenntnis gesetzt habe. Die russische Luftwaffe greife nur vorher ausgekundschaftete und über mehrere Kanäle bestätigte Ziele in den von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh) kontrollierten Gebieten an, so Konaschenkow am Sonntag.

In den letzten Tagen habe es keinerlei Aufklärungsdaten über jegliche Zusammenstöße zwischen dem IS und den bewaffneten Vertretern einer „dritten Seite“ gegeben. Daher sei es unklar, so der Sprecher, wie oppositionelle Kämpfer und Militärberater der internationalen Koalition die IS-Gebiete unbehelligt betreten gekonnt haben. Diese Frage müssten die Vertreter der internationalen Koalition selbst beantworten.

Zuvor hatte eine kurdische Quelle gegenüber der Agentur RIA Novosti gesagt, dass sechs SDF-Mitglieder bei einem Luftschlag syrischer Kampfflugzeuge verletzt worden seien

[ukrinform.ua: Erdgashändler aus Europa nutzen ukrainische Untergrundspeicher](#)
Die unterirdischen Gasspeicher in der Ukraine werden mit den ersten drei Millionen Kubikmeter Erdgas im Auftrag von Erdgashändlern Trafigura Sarl (Schweiz), Trafigura Ukraine und MND (Tschechien) befüllt.

Das teilte die Pressestelle des ukrainischen Gasnetzbetreibers „Ukrtransgaz“ mit. Das Erdgas werde im „Zollspeicher-Regime“ gelagert.

Nach Angaben von „Ukrtransgaz“ haben schon acht internationale Öl- und Gashändler Verträge mit dem Unternehmen über die Zwischenlagerung des Erdgases abgeschlossen. Mit einer Reihe von Händlern würden die Verhandlungen geführt.

Im „Zollspeicher-Regime“ können internationale Öl- und Gashändler seit dem Sommer 2017 Erdgas unverzollt binnen 1095 Tagen zwischenlagern. „Ukrtransgaz“ ist der Betreiber der größten Erdgasspeicher in Europa mit einem Volumen von 31 Milliarden Kubikmeter. Davon können 14 Milliarden Kubikmeter freier Kapazitäten für die unverzollte Zwischenlagerung genutzt werden.

vormittags:

[de.sputniknews.com: Lawrow an Tillerson: US-Koalition ist „ungebetener Gast“ in Syrien](#)
Die Regierung in Damaskus hat die US-geführte Koalition nicht nach Syrien eingeladen. Daran hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow seinen US-Amtskollegen Rex Tillerson am Dienstag beim Treffen in New York erinnert.

Er habe gegenüber seinem US-Kollegen die russische Sicht bekräftigt, dass die US-Koalition in Syrien „ein ungebeter Gast dort ist“, wird Lawrow von der Agentur RIA Novosti zitiert. Die Syrien-Krise war eines der zentralen Themen beim Treffen zwischen den beiden

Außenministern in den USA im Hotel Palace in New York am Dienstag. Lawrow und Tillerson besprachen das Zusammenwirken Russlands und der USA zu Syrien. Die beiden Minister erörterten darüber hinaus auch die Koordinierung von Handlungen russischer und US-amerikanischer Militärs, die an den Kampfhandlungen in Deir ez-Zor und Rakka im Einsatz sind.

Das war bereits das zweite persönliche Treffen zwischen Lawrow und Tillerson. Das erste eher informelle Treffen fand am 18. September in der russischen UN-Vertretung statt.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk, Shelobok, Logwinowo und Losowoje**.

Geschossen wurden mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Russlands Delegation verlässt UN-Sitzungssaal vor Rede von litauischer Präsidentin**

Die russische Delegation bei der 72. UN-Vollversammlung hat den Sitzungssaal vor der Rede der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė verlassen. Das berichten russische Medien. Die Präsidentin sei am Montag als 14. Rednerin vor der aktuellen UN-Vollversammlung in New York aufgetreten. Vor ihrem Auftritt haben den Berichten zufolge der Leiter des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), Leonid Sluzki, und der erste Vertreter des russischen Botschafters bei der Uno, Petr Ilyichev, den Sitzungssaal verlassen.

Zuvor hatte sich Grybauskaitė beim UN-Generalsekretär Antonio Guterres wegen der russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad 2017“ beschwert. Der Politikerin zufolge übe das Manöver einen realen Konflikt mit den Nato-Ländern.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31750/08/317500825.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **38 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **18 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der

Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde im Petrowskij-Bezirk von Donezk eine Gasleitung in der Tschernogorskaja-Straße 9 beschädigt.

de.sputniknews.com: „Sanktionen stören nicht“: Berliner Senat und Russisches Haus vertiefen Kontakte

Wie können die deutsch-russischen Beziehungen in Zeiten von internationalen Spannungen und Wirtschaftssanktionen gestärkt und weiterentwickelt werden? Botschafter der Annäherung könnten die Kinder und Jugendlichen sein, die sich für die Sprache und Kultur des jeweils anderen Landes interessieren.

Um diese Bande zu stärken und eine positive Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen auf den Weg zu bringen, unterzeichneten am Dienstag in Berlin das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur und die Abteilung II. der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ein Dokument über ihre zukünftige Zusammenarbeit. Es ist das erste offizielle Dokument, das die Absicht beider Seiten festhält, im Bereich von Bildung, Kultur und Jugendaustausch zusammenzuarbeiten.

Thomas Duveneck, der Unterzeichner von Seiten des Berliner Senats, verwies in seiner Rede auf die lange Tradition des gesellschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Austausches zwischen beiden Ländern. Auch heute würden zahlreiche Kinder und Jugendliche in den unterschiedlichen Schulformen Berlins von der Grundschule bis zum Abitur das Angebot nutzen, Russisch als Fremdsprache zu lernen, die Zahlen der Lernenden seien stabil.

„Maßnahmen der Begegnung der jungen Generation sind nachhaltig und ausdrücklich gewünscht. Der deutsch-russische Jugendaustausch bekommt darin eine zentrale Rolle. Sichtbarmachen und Bündelung der vielfältigen Angebote der Stadt Berlin, die Russisch modern und lebendig machen, sollen verstärkt werden. Hierbei kommt dem Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur eine wichtige Bedeutung zu und ich freue mich sehr, heute diese Vereinbarung im Namen unserer Senatsverwaltung unterschreiben zu dürfen“, fügte Duveneck hinzu.

Auch der Direktor des Russischen Hauses, Pavel Izvol'skiy, zeigte sich sehr zufrieden mit der geschlossenen Vereinbarung. Er verwies auf die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre in den Bereichen Bildung, Jugend und Familie und drückte seine Dankbarkeit dafür aus, dass sich die Senatsverwaltung für den Erhalt der russischen Sprache in den russischsprachigen Communities in Berlin engagiert. Darüber hinaus nannte Izvol'skiy zahlreiche Projekte, mit deren Hilfe das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur an der Friedrichstraße bei der Verbreitung der russischen Sprache und Kultur helfen möchte.

Die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland hätten die Beziehungen in der Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Senat und dem russischen Haus der Wissenschaft und Kultur nicht geschadet, bestätigte Thomas Duveneck auf Sputnik-Nachfrage.

„Aus meiner Sicht gar nicht. Wir halten weiter an der bewährten Zusammenarbeit fest. Wir unterstützen dieses Haus, wir unterstützen unsere Lehrkräfte, auch den beidseitigen Schüleraustausch mit Russland.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31750/07/317500785.jpg>

ukrinform.ua: Ostukraine: OSZE steigert Zahl der Beobachter auf 800
Die Zahl der Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission (SMM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Ukraine wird 2018 auf 800 steigen. Das erklärte der Vizechef der Beobachtermission, Alexander Hug an einem Runden Tisch in Kiew am Dienstag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Unser Ziel sei 800 Beobachter vor Ort bis zum März 2018, sagte er. Alexander Hug betonte weiter, dass die Unterzeichner der Vereinbarungen von Minsk die Sicherheit der Beobachter gewährleisten müssen.

de.sputniknews.com: **Lawrow stellt klar: Blauhelme im Donbass nur zum Schutz der OSZE-Mission**

Die von Moskau vorgeschlagenen UN-Friedenstruppen für den Donbass sollen ausschließlich die dortige OSZE-Mission beschützen. Das hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow nach dem Treffen mit seinem US-Amtskollegen Rex Tillerson in New York am Dienstag noch einmal bekräftigt.

„Unser Vorschlag ist ganz klar: Friedenstruppen werden ausschließlich die OSZE-Beobachtungs-Mission schützen, und dies nur bei deren Erfüllung von Funktionen, die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind“, betonte Lawrow. Jede andere Aufgabe werde die Vereitelung dieser Vereinbarungen bedeuten, was „die ukrainische Seite aus meiner Sicht eigentlich anstrebt“.

Dabei deutete Lawrow an, dass das Thema der UN-Friedenstruppen in der Ost-Ukraine kein Thema beim Treffen mit Tillerson gewesen sei.

Zuvor hatte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja mitgeteilt, dass die Delegationen der USA und der Ukraine bei der UNO den von Russland vorgelegten Resolutionsentwurf zur Entsendung einer Friedensmission in den Donbass nicht unterstützt hatten.

Die Entsendung einer UN-Friedensmission in den Donbass soll Lawrow unter anderem in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Sprache bringen, die im Rahmen der Tagung der UN-Vollversammlung geplant ist.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am 5. September angekündigt, das russische Außenministerium werde dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Stationierung von UN-Friedenssoldaten in der Ost-Ukraine vorlegen. Die UN-Blauhelme sollen sich Putin

zufolge nur an der Trennungslinie und ausschließlich zum Schutz der OSZE-Mission im Donbass befinden. Die Lösung dieser Frage werde aber erst nach dem Rückzug schwerer Militärtechnik und unter der Bedingung eines direkten Kontakts mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk möglich sein.

de.sputniknews.com: Außenminister Gabriel schlägt erneut schrittweisen Sanktionsabbau vor. Ein Waffenstillstand und der Erfolg einer UN-Mission im Donbass ist die Grundlage dafür, die antirussischen Sanktionen Schritt für Schritt aufzuheben. Das hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel in einem Interview wiederholt. Er will „einen neuen Anlauf in der Entspannungspolitik mit Russland“.

Für Gabriel ist entscheidend, ob endlich ein Waffenstillstand in der Ost-Ukraine zustande kommt, wie er gegenüber der Zeitung „Magdeburger Volksstimme“ erklärte. In einem am Dienstag veröffentlichten Interview sagte der Außenminister unter anderem: „Dafür habe ich dem russischen Präsidenten Putin vor einem halben Jahr vorgeschlagen, notfalls eine UN-Friedensmission dorthin zu schicken.“

Russlands Staatschef habe diesem Vorschlag nun zugestimmt, so der deutsche Außenminister weiter. Es gebe zwar nicht in allen Punkten Einigkeit, wie diese Blauhelm-Mission der UNO aussehen solle. Außenminister Gabriel betonte: „Aber Russland ist jetzt einen großen Schritt auf uns zugekommen. Wir sollten die Chance nutzen und sagen: Lasst uns darüber verhandeln, wie diese UN-Mission aussehen soll. Und wenn der Waffenstillstand damit zustande kommt, sollten wir beginnen, die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt abzubauen und der Ukraine beim Wiederaufbau des Donbass Hilfe zu leisten.“

Der deutsche Außenminister sprach sich für „einen neuen Anlauf in der Entspannungspolitik mit Russland“ aus. „Jetzt haben die Russen die Tür geöffnet, wir dürfen sie nicht gleich wieder zuschlagen, sondern versuchen, diese weiter aufzumachen“, forderte Gabriel.

Er unterstrich zugleich, dass es dabei unrealistisch wäre zu glauben, dass „man erst das gesamte Minsker Friedensabkommen umsetzen muss, bevor die Sanktionen aufgehoben werden“. Diese seien schrittweise aufgebaut worden und sollten auch schrittweise abgebaut werden, so der SPD-Politiker. Dabei wiederholte er allerdings die Behauptung, die Sanktionen seien wichtig, „weil wir nicht einfach zuschauen konnten, wie Russland mit Gewalt Grenzen verschiebt“.

Nachmittags:

[ukrinform.ua](#): „Zapad-2017“: Ukraine und Polen verstärken Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, und der Präsident von Polen, Andrzej Duda, hatten in New York Verhandlungen, im Rahmen derer sie sich besorgt über die russisch-weißrussischen Übungen „Zapad-2017“ geäußert haben, teilte per Facebook der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten der Ukraine, Swjatoslaw Zeholko, mit.

„Die Ukraine und Polen sind besorgt über die russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad-2017“ und deshalb werden sie die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder verstärken. Darum ging es insbesondere bei den Gesprächen der Präsidenten der beiden Länder“, heißt es in der Mitteilung.

Dem Bericht zufolge plant der polnische Präsident auch, die Ukraine in diesem Jahr zu besuchen.

Duda hat auch versichert, dass Polen die Ukraine auf dem Wege zur EU-Mitgliedschaft konsequent unterstützt.

de.sputniknews.com: „Zapad 2017“: Lukaschenko beendet Großmanöver mit Russland
Das russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2017“ ist nach sieben Tagen beendet worden. Am Mittwoch hat der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko auf einem Schießplatz bei Minsk die Übungen für abgeschlossen erklärt.

Die Truppen beider Staaten hätten die gemeinsame Verteidigung vor neuen Herausforderungen und Bedrohungen trainiert, sagte Lukaschenko nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Belta. „Alle gesetzten Ziele sind erreicht, alle Aufgaben erfüllt worden.“

An den Übungen, die seit dem 14. September im Westen Russlands und in Weißrussland durchgeführt wurden, nahmen rund 12000 Soldaten teil. Rund 70 Flugzeuge und Hubschrauber, 680 Kampfpanzer und weitere Kampffahrzeuge, fast 200 Geschütze, Raketenwerfer und Mörser sowie zehn Schiffe waren im Einsatz.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In den täglichen Berichten der OSZE-Mission wurden seit dem letzten Samstag bei Staniza Luganskaja kein einziger Beschuss in der vorgeschlagenen Zone für die Trennung von Kräften und Mitteln festgestellt, aber es wurden Fälle von Abschuss von Signalaraketen und chaotische Schüsse mit automatischen Waffen auf den ukrainischen Positionen festgestellt. Nach der Inbetriebnahme einer Videobeobachtung durch die OSZE-Beobachter aus Richtung LVR gab es von Seiten der ukrainischen Streitkräfte keine Beschüsse des Gebiets am Denkmal des Fürsten Igor mehr.

Wir werden diese Fragen weiter beobachten und im Fall neuer Informationen werde ich berichten.

Die ukrainische Seite hat am 19. September um 18:00 einseitig den **Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ beschossen**, in der Folge befanden sich 1206 Personen in der neutralen Zone. Die Volksmiliz der LVR führt kein Kontroll- und Passierregime durch, die Soldaten haben ganz andere Aufgaben, Passage und Kontrolle von Dokumenten führen andere militärische Strukturen durch.

Dies ist nicht der einzige Fall von Seiten der Ukraine und man kann dies nur als Provokation bezeichnen. Man kann annehmen, dass Spezialdienste der Ukraine so planen, **ihre Unterstützer auf unser Territorium zu bringen**, weil es in der kurzen Zeit schwer ist, die Dokumente bei einer solchen Menge von Menschen richtig zu prüfen, aber die kompetenten Organe arbeiten und werden solche Aktivitäten unterbinden.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ hat im Verlauf einer Kontrolle von Einheiten in der „ATO“-Zone zahlreiche Fälle von Alkoholismus, Diebstahl und Personalmangel entdeckt

Aus dem Bericht des Generals Mikaz an das Kommando der „ATO“ sind Fälle von massenhaftem Alkoholismus in den Einheiten, katastrophaler Personalmangel und zahlreiche Fälle von Diebstahl von Material zu entnehmen.

Außerdem hat der General darauf hingewiesen, dass die ausländischen Instrukteure die für sie ausgegeben Gelder nicht rechtfertigen und die militärische Ausbildung in den Einheiten sich auf einem kritisch niedrigen Level befindet.

Ukrinform.ua: UN-Generalversammlung in New York: Poroschenko spricht mit Mogherini
Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hatte am Dienstag ein Gespräch mit der Hohen EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini.

Das Treffen fand am Rande der 72. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York statt, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

Nach den Angaben der Pressestelle des Staatsoberhauptes haben die Parteien unter anderem die neuen strategischen Ziele auf dem Weg der europäischen Integration der Ukraine erörtert. „Der Präsident hat die Hohe Vertreterin zur Unterstützung der Initiativen der ukrainischen Seite aufgerufen, die die weitere Annäherung an die EU und die Durchführung von umfangreichen inneren Reformen in der Ukraine fördern werden“, steht im Bericht. Der Präsident der Ukraine hat Mogherini über die Entwicklung der Situation im Donbass und den Stand der Umsetzung der Abkommen von Minsk und über die Initiative der Ukraine hinsichtlich der Stationierung von UN-Friedenstruppen im Donbass einschließlich des unkontrollierten Grenzabschnitts der ukrainisch-russischen Staatsgrenze informiert. Poroschenko stellte auch fest, dass die Ukraine auf eine effektivere Unterstützung von der EU in der Frage der Befreiung der ukrainischen politischen Gefangenen in Russland und auf der Krim rechnet. Poroschenko und Mogherini haben weiter die Positionen im Vorfeld des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft koordiniert, das am 24. November in Brüssel stattfindet.

de.sputniknews.com: Bestätigt: USA wollen Militärbasis in Syrien verlassen – Zeitpunkt unklar

Die USA sind grundsätzlich dazu bereit, die Militärbasis in der syrischen Stadt At-Tanf zu verlassen. Das berichtet die Nachrichtenagentur RIA Novosti unter Berufung auf eine Quelle in militärdiplomatischen Kreisen.

Wann aber der Abzug der US-Kräfte beginnen soll, ist bislang unbekannt. Die Agentur zitierte dazu einen russischen Militärdiplomaten: „Sie sagen ja, in welcher Zeitperiode aber — das wissen wir nicht.“

In At-Tanf an der Südostgrenze zum Irak befindet sich ein Militärstützpunkt, wo die US-Soldaten syrische Oppositionelle ausbilden und zum Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) ausstatten. Im Mai und Juni hatte die US-geführte Koalition syrische Regierungstruppen aus der Luft angegriffen, die sich den Einheiten der bewaffneten Opposition unweit von At-Tanf genähert hatten. Es gab danach keine weiteren Zusammenstöße zwischen den von den USA unterstützten Oppositionellen einerseits und der Regierungsarmee und deren Verbündeten andererseits.

Ende Juni hatte das russische Verteidigungsministerium verkünden lassen, die Aktivitäten der internationalen Koalition würden nur in den vereinbarten Zonen in der Umgebung von At-Tanf und östlich des Flusses Euphrat stattfinden. Es seien keine Verletzungen dieser Vereinbarung festgestellt worden.

Ukrinform.ua: Trudeau: Kanada wird Ukraine weiter unterstützen

Kanada werde sich auch weiter um die Erhöhung der Sicherheit und des Einkommenswachstums der Ukrainer bemühen, erklärte der Premierminister von Kanada, Justin Trudeau, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Kanada wird weiter eng mit der Ukraine kooperieren, um ihrem Volk die höhere Sicherheit, den Wohlstand und die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bringen“, sagte Trudeau.

Er fügte hinzu, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Kanada beruhen auf langjährigen historischen Beziehungen.

„Kanada und die Ukraine genießen die historische Freundschaft, die von Generationen gemeinsamer Werte und starker Beziehungen ausgebaut wurde“, sagte der kanadische Premierminister.

Am Ende dieser Woche unternimmt der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, einen Arbeitsbesuch in Kanada, wo er an der Eröffnungsfeier von Invictus Games Toronto 2017 teilnehmen wird, an denen zum ersten Mal die Nationalmannschaft der Ukraine beteiligt ist. Während des Aufenthalts in Toronto hat das ukrainische Staatsoberhaupt mehrere geplante

Treffen mit dem Premierminister von Kanada, Justin Trudeau, der kanadischen Außenministerin Chrystia Freeland und den Vertretern der kanadischen Parlaments- und Geschäftskreisen.

de.sputniknews.com: „Verlorene Krim-Aktiva“: Naftogaz verklagt Russland auf Milliarden-Schadenersatz

Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz hat beim Ständigen Schiedshof in Den Haag Klage gegen Russland auf Schadenersatz eingereicht. Das Unternehmen verlangt fünf Milliarden US-Dollar wegen des Verlustes von Vermögenswerten durch die Wiedervereinigung der Krim mit Russland, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung des Konzerns.

Zu den Klägern zählen demnach neben Naftogaz seine sechs Tochtergesellschaften Tschernomorneftegas, Ukrtransgaz, Likwo, Ukgasdobytscha, Ukrtransnafta und Gas Ukraine. Wie Naftogaz ferner mitteilt, schätzt es seine Verluste auf „etwa fünf Milliarden US-Dollar“ und wird in dem Fall durch die Kanzlei Covington & Burling LL vertreten. Ein Schiedsspruch werde gegen Ende 2018 erwartet.

Dies ist nicht die erste Forderung des Konzerns nach Schadenersatz aufgrund der Wiedervereinigung der Krim mit Russland. Schon im Oktober 2016 hatten Naftogaz und seine Tochtergesellschaften ein Schiedsverfahren gegen Russland initiiert...

Ukrinform.ua: Poroschenko und Van der Bellen sprechen über Lage im Donbass

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat sich am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York mit dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen getroffen.

Wie die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs mitteilte, informierte Poroschenko seinen Amtskollegen aus Österreich über die Entwicklung der Lage im Donbass, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und weitere Schritte zur Entschärfung der Situation. Beide Staatschefs hätten ihre Ansätze zur UN-Friedensmission im gesamten Konfliktgebiet in der Ostukraine koordiniert. „Petro Poroschenko rief den österreichischen Vorsitz in der OSZE auf, einen aktiven Dialog mit der UNO in dieser Frage zu unterstützen“, heißt es in der Meldung. Poroschenko und Van der Bellen betonten im Gespräch die Wichtigkeit der Verstärkung der technischen und technologischen Möglichkeiten der Sonderbeobachtermission (SMM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Ukraine. Sie erörterten auch die Frage der Deokkupierung der Krim und Beteiligung internationaler Partner daran. Petro Poroschenko lud Alexander Van der Bellen zum Besuch in die Ukraine ein.

de.sputniknews.com: Schröder: Kein russischer Präsident wird die Krim wieder ausgliedern
Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) glaubt nicht daran, dass Russland die vor zweieinhalb Jahren wieder angegliederte Schwarzmeer-Halbinsel Krim jemals ausgliedern wird - trotz des Drucks seitens westlicher Staaten.

Die Krim sei seit dem 18. Jahrhundert Teil Russlands gewesen, sagte Schröder der Zeitschrift „Stern“. „Ich prophezeie, dass es keinen russischen Präsidenten geben wird, der die Krim wieder aus Russland ausgliedern wird.“

Mit Blick auf den Krim-Streit warnte der Altkanzler vor einer drohenden Entfremdung zwischen Russland und Deutschland. „Aufgrund unserer gemeinsamen Geschichte sind viele Russen von der deutschen Haltung, insbesondere von der Sanktionspolitik enttäuscht.“ Er höre in seinen Gesprächen immer wieder: "Wir haben Deutschland doch bei der Wiedervereinigung geholfen."

Die Krim war im März 2014 – nach rund 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine — wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel in einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Nach Behördenangaben votierten 96,77

Prozent für die Wiedervereinigung mit Russland bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 Prozent. Der Anlass für das Referendum war der blutige Umsturz in Kiew, bei dem die Opposition Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet und eine von Nationalisten geprägte Regierung gestellt hatte. Die von Russischstämmigen dominierte Krim hat den Umsturz nicht anerkannt. Die Regierung in Kiew betrachtet die Krim als ukrainisches Gebiet. Auch die USA und andere westliche Staaten, die die neue ukrainische Führung unterstützen, haben die Wiedervereinigung der Insel mit Russland nicht anerkannt.

Die Halbinsel hatte bereits seit 1783 zu Russland gehört, bevor der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow 1954 die Halbinsel symbolisch von der Russischen Sowjetrepublik an die Ukrainische Sowjetrepublik – beide im Bestand der Sowjetunion – „verschenkte“. Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 verblieb die von Russen dominierte Krim automatisch in der Ukraine. Laut russischen Politikern und Rechtsexperten war die eigenmächtige Übertragung verfassungswidrig.

de.sputniknews.com: Ukraine verhängt Geldstrafe gegen russische Fluggesellschaften wegen Krim-Flügen

Die Ukraine hat russische Fluggesellschaften für deren Flüge auf die Krim mit Geldstrafen in Höhe von 2,72 Milliarden Griwna (umgerechnet etwa 103 Millionen US-Dollar) belegt, meldet das Portal „RG.ru“ am Mittwoch.

Die Strafen hat demnach der staatliche Luftfahrtendienst der Ukraine verhängt. Der Grund dafür seien Flüge auf die Krim, die Kiew als sein „okkupiertes Territorium“ ansieht, so das Portal. Insgesamt seien etwa 20 000 Geldstrafen gegen 40 russische Flugunternehmen verhängt worden, unter anderem „Aeroflot“ und „Utair“.

Wenn die Geldstrafe nicht bezahlt werde, werde der staatliche Exekutivdienst der Ukraine eine Zwangseintreibung vornehmen.

Kiew präzisiere dabei aber nicht, auf welche Weise es diese Strafen eintreiben werde. Im April hatte die ukrainische Staatsanwaltschaft bereits eine Forderung gegen eine russische Fluggesellschaft eingebracht. Diese solle rund 370 000 Dollar für die Nutzung des Krim-Luftraums zahlen, hieß es. Der Name dieses Unternehmens wurde nicht bekannt gegeben. Laut dem Portal wurde bis Mitte September keine der von Kiew ausgehängten Strafen bezahlt.

de.sputniknews.com: Schröder: „Deutsche Soldaten an russischer Grenze vollkommen falsches Signal“

Gerhard Schröder (SPD) hat den Abschreckungs-Einsatz der Bundeswehr im Baltikum kritisiert. Es sei „ein vollkommen falsches Signal, wenn deutsche Soldaten an der russischen Grenze stationiert sind, weil dies ein Gespür für unsere gemeinsame Geschichte vermissen lässt“, sagte der frühere Bundeskanzler (SPD) der Zeitschrift „Stern“.

Aus russischer Sicht bilde die Nato einen Ring von der Türkei, durch Süd- und Mittelosteuropa bis an die Ostsee, so der Altkanzler in dem Stern-Gespräch.

Ihm zufolge sollte man sich schon die Mühe machen, sich mit dem Gegenüber auseinanderzusetzen.

Im Rahmen der Nato-Abschreckungsstrategie „Enhanced Forward Presence“ sind zurzeit 450 Bundeswehrsoldaten in Litauen stationiert.

Lug-info.com: Die Schüler der Republik lernen im Unterschied zu den ukrainischen im vollem Maße sowohl die russische als auch die ukrainische Sprache. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz die Leiterin der Abteilung für allgemeine mittlere und Vorschulbildung des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der LVR Ljudmila Alexejewa mit. Die Oberste Rada hat ein Gesetz beschlossen, gemäß dem der Unterricht in den oberen

Klassen und den Hochschulen ausschließlich auf Ukrainisch erfolgt. In den Sprachen der „nationalen Minderheiten“, zu denen die Kiewer Regierung auch die russischsprachige Bevölkerung des Landes zählt, werden nur Schüler der unteren Klassen unterrichtet werden können. Derzeit ist aufgrund der von Kiew durchgeführten aktiven Ukrainisierungspolitik in weniger als 10% der Schulen der Ukraine Unterricht in russischer Sprache zugänglich, während der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung mehr als 50% beträgt.

„Und wir sehen welche „Welle“ nun die Schulen der nationalen Minderheiten in der Ukraine ergreift. Die Resonanz existiert sogar auf europäischer Ebene, Protestkundgebung an den ukrainischen Botschaften in verschiedenen Ländern, die Menschen wissen, dass solche Schulen keine Zukunft haben“, sagte Alexejewa.

„In den Schulen der LVR ist die Zweisprachigkeit erhalten. Wir haben in den Lehrplänen sowohl Stunden für die russische als auch für die ukrainische Sprache vorgesehen. Dank kreativer Lehrerkollektive wurden in der Republik Lehrbücher für ukrainische Sprache und Literatur erarbeitet und herausgegeben und von der ersten bis zur achten Klassen sind die Kinder mit diesen Lehrbüchern versorgt“, berichtete die Abteilungsleiterin.

In der Hauptstadt der Republik existiert auch weiter eine spezialisierte ukrainische Schule.

„Im Kamennobrodskij-Bezirk von Lugansk gibt es die spezialisierte Schule Nr. 21 – dies ist eine ukrainische Schule mit Schwerpunkt auf Kunsterziehung. Sie besuchen etwa 200 Kinder“, sagte Alexejewa.

„Außerdem haben wir weiter eine Lehrerausbildung für ukrainische Sprache und ein wissenschaftlich-methodologisches Zentrums zur Entwicklung der Bildung – sowohl in weiterführenden als auch in Grundkursen“, teilte sie mit.

„Dies bestätigt die richtige, vernünftige Politik der Regierung der Republik in Bezug auf unsere multinationale, vielsprachige Bevölkerung“, unterstrich die Pädagogin.

Der Direktor der Lugansker Schule Nr. 17 Wadim Blaguschin merkte an, dass die Reduzierung von Spezialklassen, wo zuvor alle Fächer in ukrainischer Sprache unterrichtet wurden, auf Bitten der Eltern erfolgte.

„Unsere Schule hat sich früher auf die ukrainische Sprache spezialisiert, in Spezialklassen wurden alle Fächer in dieser Sprache unterrichtet. Aber im Zusammenhang mit den Ereignissen 2014–2015, mit den Kämpfen, verbindet die Mehrheit der Kinder ihre Zukunft nicht mehr mit der Ukraine. Und wir haben auf Bitten der Eltern, die Anträge gestellt haben, damit aufgehört, alle Fächer auf Ukrainisch zu unterrichten. Obwohl wir im letzten Jahr noch zwei solche Spezialklassen hatten. Aber als eigenes Fach wird Ukrainisch in allen Klassen unterrichtet, die Belastung für die Lehrer ist recht hoch“, berichtete er.

de.sputniknews.com: Boris Johnson will nach Moskau – klappt's diesmal?

Der britische Außenminister Boris Johnson bedauert, im März seine Russland-Reise abgesagt zu haben, und ist diesmal bereit, der Einladung nach Moskau zu folgen. Dies teilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Mittwoch in ihrem Facebook-Account mit.

Johnson war Ende März letzten Jahres vom russischen Außenminister Sergej Lawrow nach Moskau eingeladen worden. Seine Moskau-Reise sollte der erste Besuch eines britischen Außenministers in Russland seit fünf Jahren werden. Die Reise wurde jedoch kurze Zeit später unter Verweis auf Änderungen im Terminplan der Außenminister der Nato-Länder abgesagt worden.

Die beiden Chefdiplomaten Lawrow und Johnson trafen sich nun am Rande der Uno-Vollversammlung in New York. Laut dem Pressedienst beider Außenämter wurden dabei die Perspektiven eines politischen Dialogs sowie die bilateralen Beziehungen besprochen. Nach dem Gespräch teilte Johnson am Dienstag Journalisten mit, dass die Vorbereitungen auf einen möglichen Russland-Besuch andauerten, dieser jedoch nur dann möglich sein werde, sobald bilaterale Vereinbarungen dazu getroffen würden. „Es (das Treffen – Anm. d. Red.)

kann dann stattfinden, wenn es allen Teilnehmern gelegen kommt.“

„So ist es auch gewesen“, bestätigt die russische Außenamtssprecherin Sacharowa in ihrem Facebook. „Johnson äußerte ferner sein Bedauern darüber, dass er nicht nach Moskau gekommen sei, und sagte, dass er die Einladung ein weiteres Mal annehmen möchte.“ Daraufhin habe Lawrow versichert, dass die Einladung immer noch aktuell und gültig sei.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Gestern ist auf dem Territorium des zeitweise von der Ukraine besetzten **Awdejewka** eine **Delegation des parlamentarischen Komitees der Assoziation Ukraine-EU eingetroffen**. Um die schwierige operative Lage im frontnahen Awdejewka am Vortag der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zu demonstrieren, hat die Kiewer Führung entschieden, einen Artillerie“salut“ auf dem Territorium der Republik zur Ehren der Ankunft ihrer europäischen Partner zu veranstalten und zu versuchen, die Streitkräfte der DVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **38 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden 14 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 und 152mm, 29 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 93 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Im Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde eine Gasleitung in der Tschernogorskaja-Straße 9 beschädigt.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete von **Leninskoje, Kominternowo und Tawritschewskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **Gorlowka, Sajzewo, Werchnetorezkoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Gemäß Informationen unserer Quellen finden auf dem Truppenübungsplatz der 70. Luftsturmbrigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Schandar Übungsmaßnahmen mit Reservisten statt, die auf die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Brigade gerichtet sind.

Dabei sind die an den Übungen teilnehmenden Soldaten äußerst unzufrieden mit dem herzlosen Verhalten des kommandierenden Personals und der Organisation der Übungen. 60 Prozent des Personals sind nicht mit Kleidung ausgerüstet. Nach den zahlreichen Beschwerden von Reservisten zu urteilen ist auch eine Verwendung von abgelaufenen Lebensmitteln festzustellen, was zur **Vergiftung beim Personal** führte.

Die gesamte Übungen läuft darauf hinaus, die **Reservisten als Hilfsarbeiter** zu verwenden. Die Auszubildenden werden **zur Entminung nicht detonierter Munition** herangezogen, obwohl sie dafür nicht die spezielle Ausbildung haben.

Im gesamten Zeitraum des Genozids an der friedlichen Bevölkerung des Donbass haben die ukrainischen Streitkräfte mehrfach **Personen mit einer kriminellen Vergangenheit zur Beteiligung an den Kämpfen** herangezogen. Nach Angaben unserer Aufklärung verwendet das Kommando der ukrainischen Streitkräfte ein neues Schema zur Erhöhung der Zahl des Personals in der Zone der sogenannten „ATO“.

Eine neue Quelle zur Personalauffüllung sind Soldaten und Offiziere der ukrainischen Streitkräfte, die Delikte begangen haben, für die ihnen strafrechtliche Verantwortlichkeit droht.

So wurden beispielsweise der wehrpflichtige Soldat Roman Antonjuk Olegowitsch, der im Chmelnyzkij-Oblast wegen Besitz von Drogen festgenommen wurde, und der Stabssoldat Wladimir Alexejewitsch Bajda, dem eine Haftstrafe wegen Diebstahls von Munition aus

einem Truppenteil im Oblast Dnjepropetrowsk drohte, als sogenannte „Freiwillige“ in die Kampfzone geschickt.

In jeder seiner Erklärungen prahlt Poroschenko mit der neuen professionellen Armee der Ukraine, nach seinen Worten eine der stärksten auf dem Kontinent. Aber von welcher Professionalität kann die Rede sein, wenn die Personalauffüllung von Truppenteilen, die sich an der Front befinden, mit Kriminellen erfolgt. Ein solches Kontingent senkt den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten dieser Einheiten erheblich, indem es Bataillone und Brigaden in gewöhnliche kriminelle Gruppierungen verwandelt.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Militärpsychiater nach Gutachten zu „Gefahr der Donbass-Veteranen“ entlassen**

Eigentlich sollen sie ihr Land verteidigen. Doch nach dem Einsatz in der Ostukraine sind über 90 Prozent der ukrainischen Soldaten zu einer Gefahr für die Gesellschaft geworden. Dies sagte der leitende Psychiater der ukrainischen Armee Oleg Drus. Danach wurde er umgehend aus dem Dienst entlassen, wie das Portal „Lenta“ berichtet.

93 Prozent jener Soldaten, die am Einsatz in der Ostukraine beteiligt waren, brauchen eine Behandlung. Anderenfalls bleiben sie eine Gefahr für die Gesellschaft. Dies sagte laut dem Portal Oleg Drus, Chef-Psychiater des ukrainischen Verteidigungsministeriums, am Dienstag in einer Sitzung des ukrainischen Parlaments. Die meisten dieser Soldaten würden sich ihrer Probleme schämen und deshalb auch die Feststellung ihrer psychischen Störungen verhindern, fügte er hinzu. Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak schrieb daraufhin bei Facebook:

„Habe soeben die Entscheidung getroffen, Oberst Oleg Drus seines Amtes zu entheben, aufgrund ungenügender Erfüllung von Dienstpflichten. Ich habe auch eine dienstliche Untersuchung angeordnet.“

Erst am Vortag waren laut dem Portal Selbstmordfälle jener ukrainischen Militärangehörigen in einem Register aufgelistet worden, die zuvor in der Ostukraine eingesetzt gewesen waren. Es seien vor allem „Männer unter 30“ gewesen, die sich „im alkoholisierten Zustand“ das Leben genommen hätten. Die meisten dieser Männer hätten keine Arbeit gehabt, sagte die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des ukrainischen Parlaments Olga Bogomolez.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/1505897807_1015301828.jpg

Dnr-online.ru: Im Rahmen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass durch die Zentren für soziale Unterstützung und administrative Dienstleistungen der Republik an der Abgrenzungslinie wurden 12.437 Dienstleistungen in einem Gesamtwert von 794.861 Rubel geleistet. Dies berichtete in einer Pressekonferenz heute der Kommunikationsminister Wiktor Jazenko.

„Das Kommunikationsministerium hat gemeinsam mit dem staatlichen Unternehmen „Potscha Donbassa“ die Arbeit der Zentren für soziale Unterstützung und administrative Dienstleistungen an den Kontroll- und Passierpunkte „Olenowka“, „Alexandrowka“, „Gorlowka“, „Oktjabrj“ organisiert. Dabei führen die Mitarbeiter von „Potscha Donbassa“ die Arbeit mit der Bevölkerung gemeinsam mit Vertretern der Abteilung für Arbeit und soziale Sicherheit durch. Sie zahlen die einmaligen Unterstützungen aus und beraten die Bürger zu anderen Bereichen des humanitären Programms. In den Zentren werden auch kommunale Zahlungen angenommen, Startpakete für den Republikanischen Mobilfunkoperator „Phönix“ verkauft und Zahlungen für dessen Dienstleistungen angenommen, es werden Abonnements für Zeitschriften angeboten, Postsendungen angenommen und ausgehändigt, Überweisungen zwischen der DVR und der LVR sind möglich. Der Mobilfunkoperator „Phönix“ stellt die Verbindungen und das Internet im Bereich der Zentren zur Verfügung“, teilte der Minister mit. Zwischen dem 1. April und dem 18. September wurden im Rahmen der Realisierung des humanitären Programms in den Zentren 12.437 Dienstleistungen in einem Gesamtwerte von 794.861 Rubel geleistet. In dem genannten Zeitraum wurden 109 Auszahlungen der einmaligen Unterstützung durchgeführt:

- an zehn Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs in einer Gesamtsumme von 100.000 Rubel, 82 Veteranen erhielten Unterstützungen in einer Gesamtsumme von 396.000 Griwna;
- Zahlungen zum Tag des Bergmann: 15 Empfänger in einer Gesamtsumme von 56.000 Griwna, 2 Empfänger in einer Gesamtsumme von 14.000 Rubel.

Außerdem werden in den Zentren Zahlungen des „Fonds Einiger Donbass“ durchgeführt. Vom 20. Juni bis zum 18. September wurden 102.375 Dokumentsätze angenommen, 84 Personen erhielten Unterstützungen in einer Gesamtsumme von 2.380.000 Rubel.

„Im April haben Spezialisten des Kommunikationsministeriums die Arbeit des einheitlichen Callcenters organisiert und die technische Unterstützung durchgeführt. Zwischen dem 27. April und dem 18. September gab an der Hotline zum humanitären Programm 23.919 Anrufe. 21.528 Anfragen wurden von den Operatoren des Callcenters registriert. Die Geographie sieht folgendermaßen aus: Einwohner der DVR – 18.038, Einwohner des Donezker Oblast – 3401, Einwohner der Ukraine - 142, Einwohner anderer Länder – 183. Unsere Spezialisten haben die technische Unterstützung der offiziellen Seite des humanitären Programms erarbeitet und führen sie durch. Seit Inbetriebnahme der Seite wurden 106.148 Besuche registriert, davon 60.930 einzelne Besucher“, fasste der Kommunikationsminister zusammen.

de.sputniknews.com: De Maizière: Keine Anzeichen für Einmischung Russlands in Bundestagswahl

Bundesinnenminister Thomas de Maizière sieht im Bundestagswahlkampf keine Anzeichen von groß angelegten russischen Cyber-Angriffen. Das hat er in einem Interview für die „Bild“-Zeitung gesagt.

„Wir sehen nicht, dass Putin sich in den Wahlkampf eingemischt hat, und wir sehen auch keine große Wirkung“, zitiert „Bild“ den Bundesinnenminister.

Russland war mehrmals mutmaßliche Einmischung in die Bundestagswahl vorgeworfen worden. Ende August hatte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, in einem Interview für die „Welt am Sonntag“ gesagt, Russland sei in der Lage, Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl zu starten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte diese Vorwürfe als unbegründet bezeichnet.

Ukrinform.ua: Außenministerin Kanadas unterstützt UN-Blauhelmission im Donbass
Die kanadische Außenministerin, Chrystia Freeland, unterstützt die Initiative des Präsidenten der Ukraine einer Friedensmission der UNO in den besetzten Gebieten im Donbass. Das meldet die Pressestelle des ukrainischen Außenministeriums nach einem Treffen des Außenministers der Ukraine Pawlo Klimkin mit Freeland am Rande der 72. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Die Politiker hätten aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Kanada und die Initiative des Präsidenten der Ukraine zu einer Friedensmission der Vereinten Nationen im Donbass besprochen. Klimkin betonte, die Friedensmission solle im gesamten Konfliktgebiet eingesetzt werden. Kanada habe seine volle Unterstützung für diese Initiative und seine Solidarität für die Ukraine wegen der russischen Aggression zum Ausdruck gebracht.
Weitere Themen des Gesprächs waren der Staatsbesuch des ukrainischen Präsidenten in Kanada am 22./23. September und Visaerleichterungen für Ukrainer.

de.sputniknews.com: „Wichtigtuerei“: Russischer Parlamentarier zu Nato-Übungen in Polen
In Polen haben die Nato-Manöver „Dragon 2017“ begonnen. Der Vizechef des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (russisches Unterhaus) Juri Schwytkin sieht darin Versuche seitens Polen, Deutschland von seiner führenden Rolle in Europa zu verdrängen, und seitens der USA, den Versuch, Russland zu einer aggressiven Reaktion zu provozieren. Die Manöver starteten am Mittwoch auf dem Übungsplatz im Dorf Zegrze bei Warschau, wie der polnische Vize-Verteidigungsminister, Michał Dworczyk, mitteilte. Daran würden alle Truppeneinheiten teilnehmen, die Zusammenarbeit mit der Marine und den Luftstreitkräften solle geübt werden. Zum ersten Mal würden sich die Truppen der territorialen Verteidigung beteiligen, die Anlaufbahnen schützen und als Hilfseinheiten dienen.
Laut dem entworfenen Szenario erhebt ein Nachbarland Anspruch auf den Zugang zu natürlichen Hilfsquellen auf polnischem Territorium und versucht außerdem, die politische Lage ins Wanken zu bringen und ein umstrittenes Gebiet zu erobern. Während des aktiven Teils soll die Verteidigung einer Küstenstrecke und die Absetzung der Luftlandtruppen geübt werden.
Schwytkin bezeichnete „Dragon 2017“ als „eine komische Großtuerei“. Ihm zufolge wollen die polnischen Machthaber dank dieser Manöver das Ansehen der USA und der EU gewinnen. „Polen will sich als einer der wichtigsten Spieler im europäischen Raum zeigen. Vielleicht versucht Warschau sogar, den Anführer – Deutschland – von seinem Thron zu verdrängen, obwohl das lächerlich klingt“, so der Vizeleiter des Verteidigungsausschusses.
Die Nato-Übungen seien eine Antwort auf das russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2017“ (Dt. „Westen 2017“), das aber prinzipiell defensiv sei. Im Unterschied dazu würden russische Soldaten in „Dragon 2017“ als Feinde auftreten.
„Diese Großtuerei zielt auf eine Spannungssteigerung in der Region ab und betont nochmals die doppelten Standards. Das heißt, dass die Leitung der Allianz sich um die Sicherheit ihrer Verbündeten kümmert und eine ernste Spannung auf ihrem Territorium schafft“, so Schwytkin.
Die Nato versucht seiner Meinung nach Russland zu einer aggressiven Reaktion zu provozieren. Es bestehe dennoch keine Notwendigkeit, die russischen Truppen an der polnischen Grenze zu verstärken, weil diejenigen, die sich bereits dort befinden, alle Probleme bewältigen können.
An den Nato-Übungen „Dragon 2017“ nehmen laut dem polnischen Verteidigungsministerium 17 000 Militärangehörige und 3500 Militärtechnik-Einheiten teil. An den Veranstaltungen beteiligen sich Warschauer Nato-Verbündete: Die USA, Litauen, Lettland, Großbritannien, Deutschland, die Slowakei, Italien, Bulgarien, Rumänien sowie Georgien und die Ukraine.
An den russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“), die seit dem 14.

September im Westen Russlands und in Weißrussland durchgeführt wurden, nahmen rund 12000 Soldaten teil. Rund 70 Flugzeuge und Hubschrauber, 680 Kampfpanzer und weitere Kampffahrzeuge, fast 200 Geschütze, Raketenwerfer und Mörser sowie zehn Schiffe waren im Einsatz.

Abends:

Lug-info.com: Die Personen, die der Begehung einer Reihe von Terrorakten auf dem Territorium der LVR verdächtigt werden, haben von Spezialdiensten der Ukraine für ihre Aktivitäten im Durchschnitt je 250.000 Griwna (etwa 550.000 Rubel) erhalten. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz der stellvertretende Leiter der Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der LVR, der leitende Justizberater Alexandr Alexandrow. „Die Diversionen wurden auf Anweisung von ukrainischen Spezialdiensten durchgeführt, das wurde von uns zuverlässig ermittelt. Den Verbrechern wurden dafür keine geringen Gelder gezahlt. Zum Beispiel konnte ein Verbrecher für eine Diversion 250.000 Griwna erhalten. Dank dessen, dass am 17. August aktive Mitglieder der Gruppe festgenommen wurden, ist es gelungen, eine Diversion zu verhindern, die für den August in unserer Republik geplant war“, erklärte er weiter.

Der stellvertretenden Generalstaatsanwalt der LVR Sergej Gorenko fügte hinzu, dass die festgenommenen Personal eine Reihe von Verbrechen in der LVR begangen haben.

„Im Verlauf von gemeinsamen Maßnahmen des Staatssicherheits- und des Innenministers wurden mehr als 25 Fälle von krimineller Aktivität dieser Gruppe entdeckt und dokumentiert“, teilte er mit.

„Die genannten Personen werden derzeit solcher Vergehen wie Diversion auf dem Territorium unserer Republik, Raubüberfällen, Diebstahl, Aneignung von Fahrzeugen, Beteiligung an ungesetzlichem Drogen- und Sprengstoffhandel sowie vorsätzlichem Mord an zwei Bürgern der Republik beschuldigt“, erklärte er.

rusvesna.su: Lawrow ignorierte die Rede Poroschenkos im Sicherheitsrat der UNO

Der Außenminister der RF Sergej Lawrow hat nicht teilgenommen am Auftritt des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko im Rahmen der Sitzung des Sicherheitsrates der UN zur Friedenssicherung, die am Mittwoch im Rahmen der 72. Tagung der UN-Vollversammlung stattfand.

Wie ein Korrespondent von RIA Novosti berichtet, war bei der Rede Poroschenkos im Saal eine Delegation der RF anwesend, darunter der Ständige Vertreter der Russischen Föderation Wassili Nebensja und der stellvertretende Außenminister der RF Gennadi Gatilow, allerdings war Lawrow, der die Delegation leitet, nicht anwesend.

In seiner Rede sagte Poroschenko insbesondere, dass die Situation im Donbass sich nicht verbessert und forderte den UN-Generalsekretär auf, so bald wie möglich Friedenstruppen einzusetzen.

ukrinform.ua: Poroschenko: Friedensmission soll das gesamte besetzte Gebiet umfassen
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat in der Plenarsitzung der UN-Generalversammlung die Vereinten Nationen aufgerufen, die Initiative zum Einsatz der Friedensmission der Organisation in den Donbass zu unterstützen, und betonte die Notwendigkeit ihrer obligatorischen Präsenz auf dem gesamten Territorium, das unter russischer Besatzung ist, berichtete der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Wir werden jeden Vorschlag begrüßen, der den Frieden in unser Land bringen wird. Wir sind überzeugt, dass eine vollständige UN-Friedensoperation die einzige wirksame Lösung für die Deeskalation, den Schutz des Volkes der Ukraine und die Annäherung an eine politische Regelung ist“, sagte der ukrainische Staatspräsident.

Darum solle das Mandat der Friedenstruppen das gesamte besetzte Gebiet der Ukraine umfassen, einschließlich der ukrainisch-russischen Staatsgrenze, und dies sei eine unentbehrliche Bedingung.

Poroschenko betonte weiter, solange die Grenze von Russlands Seite als der Schlüsselweg für die Lieferung von Waffen und Personal an den Donbass benutzt werde, werde es keinen Frieden im Land geben.

de.sputniknews.com: Güterverkehr abseits Ukraine gestartet: „Kein Mittel mehr zu Erpressung Russlands“

Bis russische Güterzüge den Verkehr unter Umgehung des ukrainischen Territoriums aufnehmen konnten, musste Russland tagtäglich das Leben seiner Bürger und die Fracht riskieren, schreibt das russische Nachrichtenportal rueconomics. Ein Experte erläutert, welche Auswirkungen die neue russische Bahnstrecke abseits der Ukraine für dieses Land hat. Seitens ukrainischer Radikaler und sogar der Behörden in Kiew habe es immer die Gefahr gegeben, dass ein russischer Zug auf dem ukrainischen Territorium aufgehalten werden könne, sagte Anton Bredichin, Experte des Zentrums für postsowjetische Recherchen beim russischen Forschungsinstitut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, gegenüber dem Portal.

Demnach konnte das Frachtgut eines jeden Zuges einfach „beschlagnahmt“ werden, während Russen in Passagierzügen der ständigen Gefahr ausgesetzt waren, zu „Geiseln“ der ukrainischen Politik und Russophobie zu werden.

„Wenn Kiew regelmäßig Diversanten nach Russland schickt, dann ist es sehr einfach, einen russischen Zug auf dem ukrainischen Territorium einzunehmen. Was die Fahrgäste in diesem Fall erwarten würde, ist furchtbar vorzustellen“, so der Experte.

Am Mittwoch teilte die Russische Eisenbahnen AG (RZD) mit, dass russische Güterzüge einen regelmäßigen Verkehr abseits der Ukraine begonnen haben. Die ersten Züge beförderten demnach Eisenerz, Getreide und Baumaterialien.

Die neue Bahnstrecke zwischen zwei russischen Städten – Schurawka im Gebiet Woronesch und Millerowo im Gebiet Rostow – beträgt 137 Kilometer und verbindet Zentral- und Südrussland. Im Jahr 2015 begann Russland mit dem Bau der Strecke, nachdem sich die Beziehungen zur Ukraine im Jahr 2014 rapide verschlechtert hatten. Im August 2017 wurden alle Bauarbeiten für beendet erklärt.

Wie das Portal berichtet, mussten Züge zuvor durch das ostukrainische Gebiet Lugansk fahren, was sowohl für Passagiere, die die Passkontrolle zweimal passieren mussten, als auch für Bahnarbeiter und Güterbeförderer unbequem gewesen sei.

„In der Sowjetzeit hatte die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik großes Potenzial: Die Republik musste zu einer Transitzone zwischen dem an Ressourcen reichen Russland (der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik – Anm. d. Red.) und dem industriellen Europa werden“, sagt Bredichin.

Ihm zufolge wurde sehr viel in die Entwicklung der Auto- und Eisenbahninfrastruktur der Ukraine investiert.

„Aber nach dem Zerfall der UdSSR hat Kiew diese Politik nicht fortgeführt, und in den letzten drei Jahren sämtliche Beziehungen zu Russland abgebrochen“.

Der „Riss jeder Ader des interterritorialen Transports“ sei ein Schlag gegen die eigenen Interessen. Die ukrainischen Behörden verlieren den Transit russischer Güter und Rohstoffe und führen laut dem Experten das Land bewusst zur Selbstisolation. Dadurch blockiere die Ukraine nicht nur die internationalen Beziehungen, sondern auch ihre Einnahmen.

Ukrinform.ua: Präsident zeigt zum Beweis russische Pässe: Aussage „uns gibt es dort nicht“ verträgt keine Kritik

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat bei seiner Rede auf dem Gipfel des UN-Sicherheitsrats über Friedensarbeit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats die Dokumente der Soldaten der regulären russischen Armee gezeigt, die bei ihnen während der Kämpfe im Osten der Ukraine beschlagnahmt wurden, berichtete der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Hier ist noch ein Beweis: das sind die Ausweispapiere der russischen Offiziere und Soldaten, von denen einige jetzt in den ukrainischen Gefängnissen für ihre illegale Besetzung des ukrainischen Territorium sitzen“, erklärte Poroschenko und zeigte die russischen Pässe. Er betonte, dass das russische Mantra „uns gibt es dort nicht“ keiner Kritik standhält.

„Es gibt unbestreitbare Fakten, dass Russland die terroristische Operation im Donbass organisiert hat, sie kontrolliert, leitet und unterstützt“, hob Poroschenko hervor.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_09/1505921841-9398.jpeg

rusvesna.su: Poroschenko und Pence verließen vor dem Auftritt Lawrows in der UNO den Saal

Der Vize-Präsident der USA Michael Pence und der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko verließen den Saal des Ministertreffens des UN-Sicherheitsrates zur Friedenssicherung vor dem Auftritt des russischen Außenministers Sergej Lawrow, berichtet der Korrespondent. Pence und Poroschenko sprachen vor der Versammlung, danach verließ der Präsident der Ukraine den Saal. Pence ging einige Minuten später...

In seiner Rede sprach der russische Außenminister über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen EU und OSZE im Rahmen der russischen Initiative zum Einsatz einer UN-Mission im Donbass zur Sicherung der Speziellen Beobachtermission der OSZE in der Ukraine.

Er sagte ebenfalls, dass Russland die Diskussion zur Reformierung der Friedenssicherungsmissionen der UN unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Realitäten

unterstützt.

Gleichzeitig rief er zur Vorsicht bei der Ausweitung des Mandats der Friedenstruppen auf und betonte, dass sie lediglich zur Selbstverteidigung und zum Schutz des Mandats Gewalt anwenden dürften.